

DAS SAGEN KANDIDATINNEN DER KPÖ:



Sozial- und demokratiepolitische Fragen sehen für uns im Mittelpunkt des Wahlkampfes, denn hunderttausende Menschen sind armutsgefährdet oder arm – trotz Erwerbsarbeit – und werden ausgegrenzt. Gegen die Gesellschaft des Nehmens stellen wir die Umverteilung, etwa durch höhere Steuern auf Kapital und Vermögen zugunsten von Existenzsicherung und Armutsbekämpfung. Wir treten konsequent gegen fremdenfeindliche Hetzta, die Mitglieder unserer Gesellschaft zu

Sündenböcken erklärt, auf. Wir KommunistInnen fordern die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen des Staatsvertrages zu den zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten.

Mirko Messner, Slawist, Bundessprecher der KPÖ

Durch den BAWAG-Skandal wurde der ÖGB schwer geschädigt; gleichzeitig hat dies schon lange vorhandene Defizite der Gewerkschaften sichtbar gemacht. Eine Neugründung des ÖGB unter breiter Einbeziehung der Mitglieder ist notwendig. Egal welche Parteien die künftige Regierung bilden: Gegen wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lohndruck und Prekarisierung brauchen wir einen von Kapital und Regierung unabhängigen ÖGB. Notwendig ist eine aktive und kämpferische Gewerkschaftspolitik statt sozialpartnerschaftlicher Unterordnung. Der ÖGB muss ausschließlich den Interessen der Lohnabhängigen verpflichtet sein.

Karin Antlanger, Juristin und Sozialpädagogin, Betriebsratsvorsitzende von EXIT-sozial Linz, Bundesvorsitzende des GLB



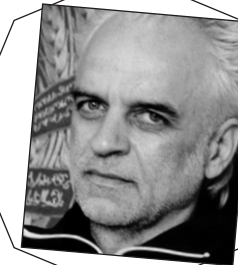
Die Gemeinden werden durch die EU-konforme Budgetpolitik finanziell immer mehr ausgehungert. Während die Konzerne immer weniger Steuern zahlen, werden die Haushalte durch laufende Tarif- und Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten. Durch die Budgetauflagen wächst auch der Druck, Ausgliederung und Privatisierung öffentlichen Eigentums vor allem im kommunalen Bereich vorzunehmen. Nutznießer sind private Spekulanten, den Schaden haben letztlich die GemeindebürgerInnen.

Franz Kral, KPÖ-Gemeinderat in Krems

Wir leben im Zeitalter der Gier und des Entertainments. Der politische Stillstand in Österreich erfordert, dass die BürgerInnen politisch aktiv werden. Mehr Fantasie in der Politik ist notwendig. Meine

Kandidatur für die KPÖ ist ein Beitrag zur Vertiefung der Diskussion links von der Mitte. Ich will mich nicht als Politiker aufspielen, sondern meine inhaltlichen Beiträge dort einbringen, wo ich kompetent bin. Das Brecht-Motto „Ändere die Welt, sie braucht es“ ist – in Österreich und weltweit – aktueller denn je.

Kurt Palm, Regisseur und Volksbildner, kandidiert 2006 für die KPÖ zum Nationalrat



Es gibt ausreichend Möglichkeiten gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorzugehen. Voraussetzung ist aber, dass man den Kapitalismus beim Namen nennt. Die KPÖ ist dazu bereit.

Soziale Gerechtigkeit und die radikale Umverteilung des Reichtums, der unserer Gesellschaft zur Verfügung steht, waren und sind unsere zentralen Forderungen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen stehen an der Spitze der Agenda unserer Sozialpolitik. Soziale Gerechtigkeit bedarf auch, der Durchsetzung von Frauenrechten. Unseren Wahlkampf verstehe ich als gezielte Einmischung.

Melina Klaus, Soziologin, Bundessprecherin der KPÖ

Kommunist vor SPÖ Landes-Chef

Eine aktuelle APA/OGM-Umfrage weist dem Kommunisten Ernest Kaltenegger nach nur einem Jahr im steirischen Landtag höhere Vertrauenswerte aus als dem amtierenden SPÖ-Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves.

Mit der konsequenten Politik gegen soziale Ausgrenzung, für gleiche Rechte für alle und für eine umfassende Demokratisierung unserer Gesellschaft rechtfertigen die AktivistInnen der KPÖ solche Vertrauensbeweise.

ABER JETZT: KANDIDATUR ERMÖGLICHEN!



KPO
www.kpoe.at

ES GIBT EINE ALTERNATIVE!

Die Konzerne und die Reichen sind durch die etablierten Parteien hinreichend politisch vertreten. ArbeiterInnen, Angestellte und PensionistInnen haben hingegen kaum mehr eine Stimme – Arbeitslose schon gar nicht. Wir zeigen den Menschen, dass es wieder Sinn macht, wählen zu gehen.

Die KPÖ ist eine Alternative zur neoliberalen Politik. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und EU-Politik. Wir wollen die Menschen darüber hinaus ermutigen, für ihre Interessen selbst einzustehen und aktiv zu werden.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, öffentliches Eigentum, die Interessen der Frauen und die Neutralität stehen im Zentrum unserer Politik. Wir sind eine Opposition gegen die herrschende, neoliberale Politik.

Wir wollen in Österreich, in Europa und international dem Kapitalismus Schranken setzen und die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir verbinden progressive Reformpolitik mit grundlegender Kritik am Kapitalismus. Gesellschaftliche Alternativen sind kein Tabu – eine andere Welt ist möglich.

(Auszug aus der Wahlplattform der KPÖ
zur Nationalratswahl 2006)

KPO
www.kpoe.at

ANTWORTKARTE

Ich möchte:

- Unterschriftenliste und Falter Petition
 - Argument-special mit Stellungnahmen der KPÖ zur Nationalratswahl, gratis
 - Unterstützungserklärung Nationalratswahl
 - 5 Nummern der „Volksstimmen“ gratis, zum Kennenlernen
 - Den regelmäßigen Email-Newsletter der KPÖ zu aktuellen politischen Themen
- Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Postgebühr
zahlt
Empfänger!

KPÖ
Bundesvorstand

Drechslergasse 42
1140 Wien

Name:
Straße:
PLZ, Ort:
Email